

42-28.01.1998

Faktenlage ganz anders

Ortschef Achatz sieht Polder-Geschichte anders als sein Amtsvorgänger

wbl. BODENHEIM – Auf keinen Fall unkommentiert stehen lassen will Ortsbürgermeister Alfons Achatz (CDU) die jüngsten Äußerungen seines Amtsvorgängers Horst Kasper (SPD) zum Thema Polder im Bodenheimer Unterfeld. Im Zusammenhang mit einer Info-Veranstaltung der SPD hatte Kasper erklärt, daß zum einen die CDU-geführte Landesregierung der 70er Jahre bereits die Grundsteine für einen Bodenheimer Polder gelegt hätte. Andererseits hätte er als damaliger Bürgermeister – im Wissen um die Polderpläne – sicher nicht eine Bebauung des Unterfeldes ohne Schutzmaßnahmen zugelassen.

„Erst im August 1991 wurde die neue, sozial-liberale Landesregierung durch ein Votum des Umweltausschusses im rheinland-pfälzischen Landtag aufgefordert, auch die Mög-

lichkeiten für Rückhaltungen in Rheinhessen zu erkunden“, erinnert hingegen Achatz an die Geschichte der Pläne für einen Bodenheimer Polder. Erstmals habe Umweltministerin Klaudia Martini mit Schreiben vom 4. Juli 1993 der Gemeinde mitgeteilt, daß „weitere Standorte für Rückhaltungen in der Größenordnung von zehn Millionen Kubikmetern in der rheinhessischen Rheiniederung angeordnet werden sollen“, zitiert Achatz. Sechs Wochen später seien dann die betroffenen Kommunen von der Ministerin darüber informiert worden, daß die Fachverwaltung mit der Ausarbeitung von Raumordnungsunterlagen für Rückhaltungsmaßnahmen im Bereich Bodenheim beauftragt worden seien. „Wer bei solch klaren Fakten die heutige Polder-Problematik im Bodenheimer Unterfeld

der ‚Vorgänger-Regierung‘ in die Schuhe schieben will, stellt seine parteipolitischen Interessen vor seine eigene Glaubwürdigkeit“, meint Achatz.

„Wenn Kasper ferner erklärt, er hätte als damaliger Bürgermeister sicher nicht Baugebiet um Baugebiet im Unterfeld erschlossen, so versucht er auch hier, sich mit fremden Federn zu schmücken“, hält Ortschef und CDU-Kreistagsmitglied Achatz dem SPD-Poliker vor. Denn einerseits sei es nicht der Bürgermeister, der über die Entwicklung eines Baugebietes entscheide, sondern der gewählte Gemeinderat in einer demokratischen Mehrheitsentscheidung. Zudem seien die Baugebiete entweder bereits vor Kaspers Amtsantritt im Jahre 1972 genehmigt oder aber derart aufgearbeitet gewesen, daß sie nach 1972 nur noch umzusetzen waren.